



Schleswig-Holstein



Bundesland – Partnerregion

Schleswig-Holstein – Westbalkan

Titel

Förderung des Zugangs von Roma zu kommunalen Dienstleistungen im Westbalkan

TZ-Vorhaben

Soziale Grundrechte für benachteiligte Bevölkerungen im Westbalkan
PN 2015.2057.6

Finanzierung

Beitrag BLP	317.597 €
Beitrag Schleswig-Holstein	216.000 €

Laufzeit

06 / 2016 – 12 / 2017

Zuständiges Ministerium

Staatskanzlei Schleswig-Holstein

Gespräch mit der Minderheitenbeauftragten des Landes Schleswig-Holstein Renate Schnack.

Minderheiten im Westbalkan.

Situation vor Ort.

In den Ländern des Westbalkans sind Minderheiten nach wie vor stark von sozialer und ökonomischer Diskriminierung betroffen. So haben sie häufig keine Informationen und keinen ausreichenden Zugang zu kommunalen Dienstleistungen, zur Infrastruktur, zu Bildung und damit zum Arbeitsmarkt. Viele Angehörige der Roma-Bevölkerung im Westbalkan leben in Haushalten unterhalb der Armutsgrenze.

Kooperationen.

Seit 2015 fördert das BMZ den regionalen Austausch von Erfahrungen zur Verbesserung der Gewährung sozialer Rechte von vulnerablen Gruppen zwischen beteiligten Kommunen in fünf Ländern des Westbalkans. Durch das Bund-Länder-Projekt „Minderheiten im Westbalkan“ wird dieser Austausch durch Erfahrungen aus Schleswig-Holstein erweitert. Das Bundesland verfügt über in Deutschland einmalige regulatorische und institutionelle Strukturen im Minderheitenschutz und gilt als Modellregion für erfolgreichen Minderheitenschutz. Gemeinsam mit den in Flensburg ansässigen Institu-

„Sie haben eine großartige Studienreise organisiert. Viel wurde gelernt, gesehen und – das Wichtigste – es ist eine Projektidee aus der Studienreise heraus entstanden: ein Zentrum für Minderheiten in Tuzla.“

Lakic Vedran, Abteilungsleiter,
Stadt Tuzla (Bosnien und Herzegowina)



Besuch der Landesvertretung Sinti und Roma in Kiel.

tionen Föderalistischer Union Europäischer Volksgruppen (FUEV) und dem European Center for Minority Issues (ECMI) möchte Schleswig-Holstein einen aktiven Beitrag zum Schutz von Minderheiten auch in anderen Regionen Europas leisten und ein Lernen aus den Erfahrungen im deutsch-dänischen Grenzland ermöglichen.

In den Partnerländern sind die Kapazitäten und Kompetenzen lokaler Akteure nicht ausreichend, um qualitativ und quantitativ angemessene Dienstleistungen für Roma zur Verfügung zu stellen. Während der Projektlaufzeit erarbeiten Vertreter der Kommunen, pro-Roma NGOs und Sozialarbeitende in Zusammenarbeit mit den Partnern aus Schleswig-Holstein konkrete Projektansätze zur Verbesserung der Situation.

Was wir tun – und wie.

Das Projekt ist modular aufgebaut. Vertretern von Kommunen, pro-Roma NGOs und Sozialarbeitenden ausgewählter Kommunen im Westbalkan wird ein gemeinsamer Lernprozess ermöglicht, der zur Formulierung eigener Projekte beitragen soll. Im ersten Schritt wird ihnen das Schleswig-Holsteiner Modell vorgestellt. Im Rahmen einer Delegationsreise besuchen die Teilnehmenden aus dem Westbalkan Projekte und Institutionen in Schleswig-Holstein, die maßgeblich zur Umsetzung der Minderheitenpolitik beitragen. Weiter werden Diskussions- und Austauschveranstaltungen mit Vertretern der Minderheiten durchgeführt. Im Rahmen eines Workshops im Westbalkan entwickeln die Teilnehmenden eigene Projektideen für ihre Kommunen. Im Anschluss werden ausgewählte Projektideen mit Unterstützung der schleswig-holsteinischen Partner in den Partnerkommunen im Westbalkan implementiert.

Weiterführende Links.

- <https://www.fuen.org/de/news/einzelansicht/article/minderheiten-delegation-aus-dem-westbalkan-zu-besuch-in-schleswig-holstein/>
- <http://syfo.de/vis/artikel/ecmi-und-fuen-erarbeiten-neues-projektvorhaben-fuer-den-westbalkan/>

Herausgeberin Deutsche Gesellschaft
für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH
Sitz der Gesellschaft
Bonn und Eschborn
Bund-Länder-Pilotprogramm
An der Alster 62 | 20099 Hamburg
blp@giz.de | www.bund-laender-pilotprogramm.de
Redaktion Julia Iversen (V.i.S.d.P.), Martin Foth-Feldhusen,
Karin Günther
Gestaltung kipconcept gmbh, Bonn

Im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche
Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)
Referat 113
Länder, Kommunen, entwicklungspolitische Bildungsarbeit,
Bürgerkommunikation
Postanschrift der BMZ Berlin | Im Europahaus
BMZ-Dienstsitze Dahlmannstraße 4
53113 Bonn
T +49 (0)228 99 535 0
poststelle@bmz.bund.de | www.bmz.de
10963 Berlin
T +49 (0)30 18 535 0

Die GIZ ist für den Inhalt dieser Publikation verantwortlich.